

Energie, Klima, Umwelt | Klima

Klimapolitik nach Belém

Kurzstudie
Stand: Januar 2026

Die bayerische Wirtschaft

vbw



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Klimaschutz braucht globale Beiträge und faire Wettbewerbsbedingungen

Die 30. UN-Klimakonferenz in Belém (Brasilien) stand im Zeichen der praktischen Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Mit dem sogenannten *Global Mutirão* verständigten sich die Vertragsstaaten auf einen politischen Rahmen zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Umsetzung bestehender Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Die Konferenz endete jedoch mit einem Minimalkonsens: Weder neue verbindliche Verpflichtungen noch ein Durchbruch bei der Abkehr von fossilen Energieträgern konnten erzielt werden. Eine Einigung auf einen verbindlichen globalen Fahrplan blieb aus, was die unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der Staatengemeinschaft und die Grenzen multilateraler Klimaverhandlungen erneut verdeutlicht.

Bei der Anpassung an den Klimawandel einigte sich die Staatengemeinschaft darauf, die Anstrengungen zu intensivieren und langfristig eine Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung anzustreben. Positiv ist, dass erstmals ein Set von Indikatoren verabschiedet wurde, um Fortschritte bei der Anpassung künftig systematischer zu erfassen.

Die Europäische Union ist zwar Vorreiterin beim Klimaschutz, für die erfolgreiche Umsetzung der Beschlüsse ist aber entscheidend, dass alle Länder – auch große Emittenten wie China und die Golfstaaten – einen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag leisten. Klimaschutz kann nur als globale Aufgabe gelingen. Nationale oder regionale Alleingänge dürfen nicht zu Wettbewerbsnachteilen oder Carbon Leakage führen.

Wirksamer Klimaschutz kann nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft gelingen. Hohe Energiepreise, steigende CO₂-Kosten und umfangreiche Berichtspflichten belasten den Wirtschaftsstandort Europa, Deutschland und Bayern. Maßnahmen zur Entbürokratisierung und zur Senkung der Energiepreise sind daher unerlässlich, um Investitionen in Klimaschutz und Transformation zu ermöglichen.

Bertram Brossardt
26. Januar 2026

Inhalt

Das Wichtigste in Kürze	1
1 Internationales Klimaengagement	3
1.1 Globale Emissionsentwicklung und Emissionslücke	3
1.2 Emissionsentwicklung der größten Emittenten	4
2 Nationale Klimabeiträge	7
2.1 Aktualisierte NDCs und neue NDCs für das Jahr 2035	7
2.2 Engagement der größten Emittenten	8
2.2.1 EU	9
2.2.2 USA	9
2.2.3 China	10
2.2.4 Indien	11
2.3 Bewertung der vbw	11
3 Global Mutirão	13
3.1 Anpassungsfinanzierung: Ziel einer Verdreifachung bis 2035	13
3.2 Global Implementation Accelerator und Belém Mission to 1.5: Umsetzungsinstrumente	15
3.3 Kein Konsens zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern	15
3.4 Bewertung der vbw	16
4 Klimafinanzierung	17
4.1 Umsetzung der Baku-to-Belém Roadmap	17
4.2 Erreichung des 300 Milliarden US-Dollar-Finanzierungsziels (257 Milliarden Euro)	18
4.3 Fortschritte bei den Instrumenten der Klimafinanzierung	19
4.3.1 Tropical Forest Forever Facility	20
4.3.2 Anpassungsfonds	21
4.3.3 Fonds für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten	22
4.3.4 Green Climate Fund	22
4.3.5 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung	23

4.4	Bewertung der vbw	24
5	Fortschritte des Klimaclubs	26
5.1	Global Pledge to grow near-zero and low-emissions steel and cement markets	26
5.2	Freiwillige Prinzipien zum Schutz vor Carbon Leakage und weiteren Spillover-Effekten	27
5.3	Global Matchmaking Platform	27
5.4	Steel Decarbonisation Policy Mapping	27
5.5	Bewertung der vbw	28
6	Weitere internationale Initiativen für den Klimaschutz	29
6.1	Global Methane Pledge	29
6.2	Methane Abatement Partnership Roadmap	29
6.3	International Methane Emissions Observatory	30
6.4	Bewertung der vbw	30
7	Ausblick	31
	Ansprechpartner/Impressum	32

Das Wichtigste in Kürze

UN-Klimakonferenz in Belém endet mit Minimalkonsens

Ambitionsücke beim 1,5-Grad-Ziel

Die Ergebnisse von Belém bestätigen, dass die derzeit vorliegenden und angekündigten nationalen Klimabeiträge (NDCs) der 198 United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) Staaten auch in ihrer Gesamtheit nicht ausreichen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zwar wird die globale Emissionskurve laut aktualisierter NDC-Analyse weiter nach unten verschoben, die Lücke zwischen der erforderlichen Minderung und den zugesagten Reduktionsmaßnahmen bleibt jedoch mit 19 bis 29 Gigatonnen (Gt) CO₂-Äquivalenten erheblich und unverändert groß. Ohne zusätzliche Anstrengungen insbesondere der großen Emittenten ist das 1,5-Grad-Ziel damit weiterhin außer Reichweite.

Klimafinanzierung nach 2025

Die Umsetzung der Baku-to-Belém-Roadmap war einer der Schwerpunkte in Belém. Die Roadmap zielt darauf ab, den Zugang zu Finanzmitteln insbesondere für Entwicklungsländer zu beschleunigen. Ein Kernziel ist es, bis 2035 jährlich mindestens 1,12 Billionen Euro¹ aus öffentlichen und privaten Quellen zu mobilisieren. In Belém wurden erste Maßnahmen eingeleitet, darunter die Ausweitung von Krediten und Garantien durch internationale Entwicklungsbanken. Die konkrete Ausgestaltung der Finanzierungspflichten sowie eine faire Lastenteilung zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern bleiben jedoch offen. Zudem wurde mit der Tropical Forest Forever Facility (TFFF) ein Finanzierungsinstrument zum Schutz tropischer Wälder vorgestellt. Die TFFF startet mit rund 4,7 Milliarden Euro an Zusagen, wird aktuell von 53 Staaten getragen und sieht vor, mindestens 20 Prozent der Mittel für den Schutz indigener Bevölkerungsgruppen und lokalen Gemeinschaften zu verwenden.

Fossile Energieträger erneut wichtiges Konfliktthema

Die Zukunft der fossilen Energien zählte zu den am intensivsten diskutierten Themen. Während eine Gruppe von Staaten auf einen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas drängte, lehnten andere Staaten entsprechende Verpflichtungen entschieden ab. Eine Einigung auf eine globale Abkehr von fossilen Energieträgern kam nicht zustande. Damit bleibt eine der zentralen Voraussetzungen für die Erreichung der langfristigen Klimaziele weiterhin ungeklärt. Die brasilianische Präsidentschaft leitete stattdessen eine freiwillige Initiative für ambitionierte Staaten zur Erarbeitung einer Roadmap zum Ausstieg aus fossilen Energien ein, die jedoch keine verbindlichen Zusagen beinhaltet.

¹ Vor dem Hintergrund, dass es sich um eine internationale Klimakonferenz handelt, sind in den Beschlussdokumenten der Konferenz US-Dollar und nicht Euro angegeben. Für diese Kurzstudie werden die US-Dollar-Angaben in Euro-Werte basierend auf dem nominalen Wechselkurs (0,858 Euro pro US-Dollar) vom 5. Dezember 2025 angegeben.

Global Mutirão zur Umsetzung des Paris-Abkommens

Mit dem Belém-Paket wurde ein Bündel aus 29 Beschlüssen zur Beschleunigung der Umsetzung des Paris-Abkommens verabschiedet. Dazu zählt insbesondere der *Global Implementation Accelerator*, der Maßnahmen zur Steigerung des Ausbaus erneuerbaren Energien und klimafreundlichen Technologien fördern soll. Ergänzend dazu wurden Indikatoren zur Überprüfung von Maßnahmen zur Erreichung des im Pariser Klimaabkommen festgelegten globale Anpassungsziels definiert. Neue völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen wurden mit dem Belém-Paket jedoch nicht begründet.

1 Internationales Klimaengagement

1,5-Grad-Ziel wird weiterhin verfehlt

Im Vorfeld der 30. UN-Klimakonferenz in Belém kamen diverse Berichte und Studien zu dem Ergebnis, dass die derzeitigen Klimaschutzbestrebungen der Vertragsstaaten nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Diese Einschätzung wird durch die aktuellen Emissions- und Temperaturdaten eindrücklich bestätigt.

1.1 Globale Emissionsentwicklung und Emissionslücke

Nach der *Emissions Database for Global Atmospheric Research* (EDGAR) der Europäischen Kommission wurden 2024 weltweit rund 53,2 Gt CO₂-Äquivalente (CO₂e) emittiert. Dies entspricht dem höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen und gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg der Emissionen um 1,3 Prozent beziehungsweise um 665 Millionen Tonnen CO₂e. Der globale Trend zeigt damit weiterhin klar nach oben (Abbildung 1).

Die Weltwetterorganisation (*World Meteorological Organization*, WMO) hat mit ihrem Bericht *State of the Global Climate 2024*² aufgezeigt, dass 2023 – das Jahr mit den letztmalig konsolidierten Aufzeichnungen – das Jahr mit der bisher höchsten Konzentration an Kohlenstoffdioxid in der Atmosphäre war. Demnach lag die CO₂-Konzentration bei rund 420 parts per million (ppm) und somit um 2,3 ppm höher als im Jahr 2022. Verglichen mit dem vorindustriellen Niveau entspricht dies einem Anstieg um etwa 151 Prozent. Neben CO₂ erreichten auch die Konzentrationen von Methan und Lachgas neue Höchstwerte. Gleichzeitig verdeutlichten Echtzeitdaten, dass die Werte im Jahr 2024 weiter angestiegen sind. Damit verfestigt sich der langfristige Trend steigender Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre.

Auch mit Blick auf die globalen Temperaturen wurden neue Rekordwerte erreicht. Das Jahr 2024 war das wärmste jemals gemessene Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und überschritt deutlich das vorherige Rekordjahr 2023. Während im Jahr 2023 die globale Durchschnittstemperatur bei 1,45 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau lag, wurde im Jahr 2024 mit 1,55 Grad Celsius erstmals die 1,5-Grad-Grenze überschritten. Dies stellt einen weiteren deutlichen Hinweis auf die unzureichende Wirkung der bisherigen Klimaschutzmaßnahmen dar.

Der Anstieg der CO₂-Konzentration resultiert laut der Weltorganisation für Metrologie (WMO) weiterhin aus dem globalen Einsatz fossiler Brennstoffe, dem Emissionsaufkommen der energieintensiven Industrie sowie Landnutzungsveränderungen. Kurzfristig wirkte sich im Jahr 2024 zudem das Klimaphänomen El Niño auf die globale Durchschnittstemperatur aus. Auch das UNEP kommt in seinem Bericht zu dem Schluss, dass die Hauptursache

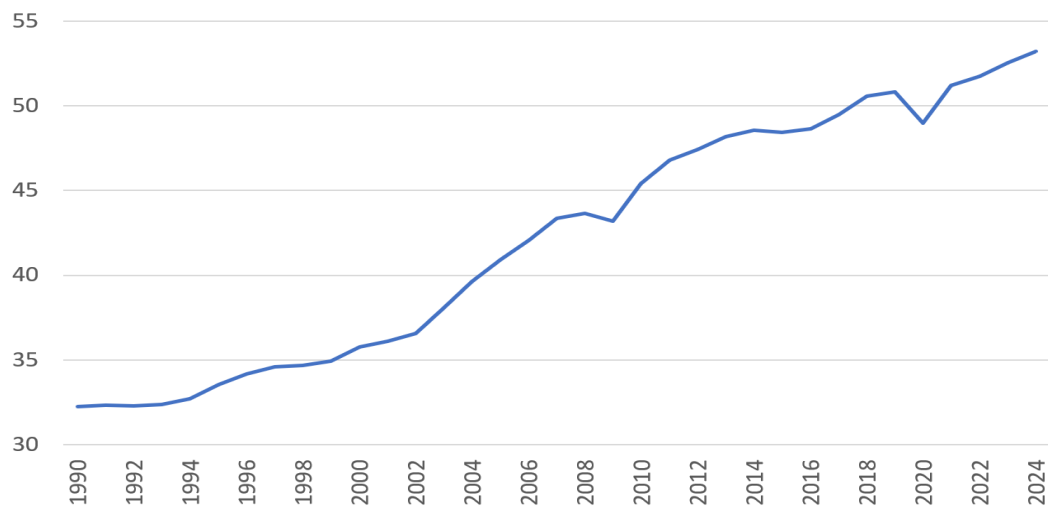
² <https://library.wmo.int/records/item/69455-state-of-the-global-climate-2024>

für den Temperaturanstieg die steigenden Emissionen durch den Einsatz fossiler Brennstoffe sind. Strukturelle Ursachen überwiegen damit deutlich gegenüber kurzfristigen klimatischen Effekten.

Abbildung 1

Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2024

Emissionen in Gt CO₂e



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Das *United Nations Environment Programme* (UNEP) stellte im November 2025 den *Emissions Gap Report 2025*³ vor. Der Bericht beziffert die Emissionslücke für 2030 zwischen den derzeitigen Klimaschutzmaßnahmen und dem 1,5-Grad-Zielpfad auf 19 bis 29 Gt CO₂e. Dies bedeutet, dass die globalen Treibhausgasemissionen im Jahr 2030 um 19 bis 29 Gt CO₂e niedriger liegen müssten, als es auf Basis der aktuell angekündigten und umgesetzten Maßnahmen nach den vorliegenden Prognosen zu erwarten ist. Ohne zusätzliche und kurzfristig wirksame Maßnahmen bleibt das 1,5-Grad-Ziel damit außer Reichweite.

1.2 Emissionsentwicklung der größten Emittenten

Zu den sechs weltweit größten Treibhausgasemittenten zählen China, die USA, Indien, die EU, Russland und Indonesien. Diese sechs Akteure repräsentieren 61,8 Prozent der globalen Emissionen, etwa 51,4 Prozent der Weltbevölkerung, rund 62,5 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 64,2 Prozent des globalen Verbrauchs fossiler Brennstoffe.

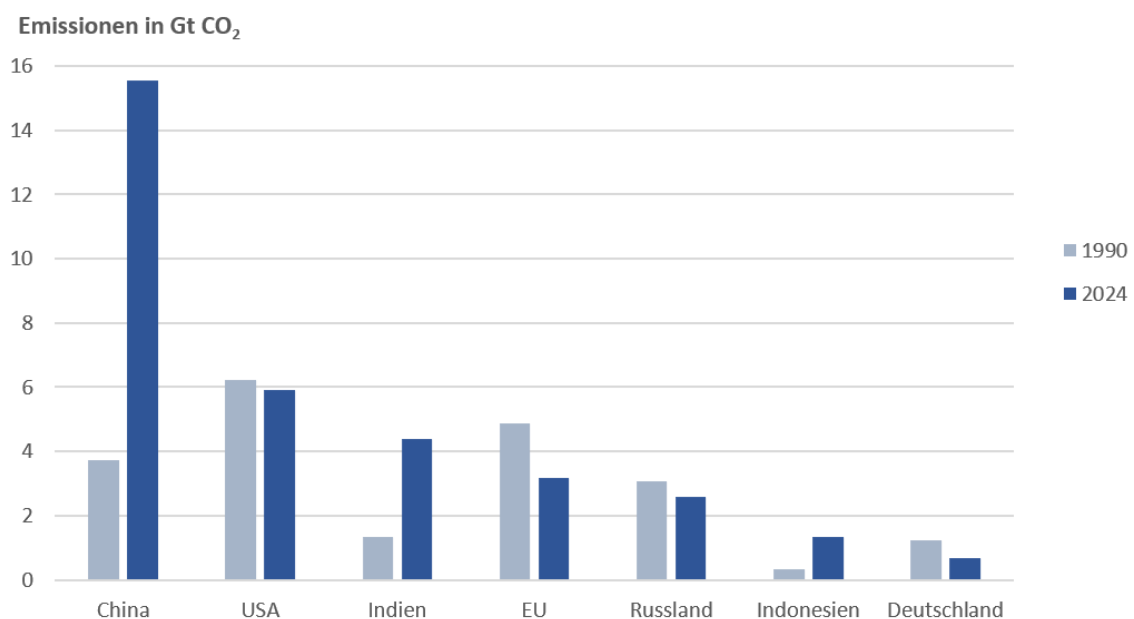
³ <https://wedocs.unep.org/items/9f0bf855-2069-42a6-a856-4b389f740c5c>

Damit kommt diesen Staaten eine zentrale Verantwortung für die globale Emissionsentwicklung zu.

Deutschland ist mit einem Anteil von 21,3 Prozent an den EU-Emissionen beziehungsweise rund 674,4 Millionen Tonnen CO₂e der größte Emittent innerhalb der EU. Mit einem Anteil von 1,3 Prozent an den globalen Emissionen belegt Deutschland Rang 13 unter den weltweit größten Treibhausgasemittenten (Abbildung 2).

Abbildung 2

Treibhausgasemissionen der größten Emittenten 1990 gegenüber 2024

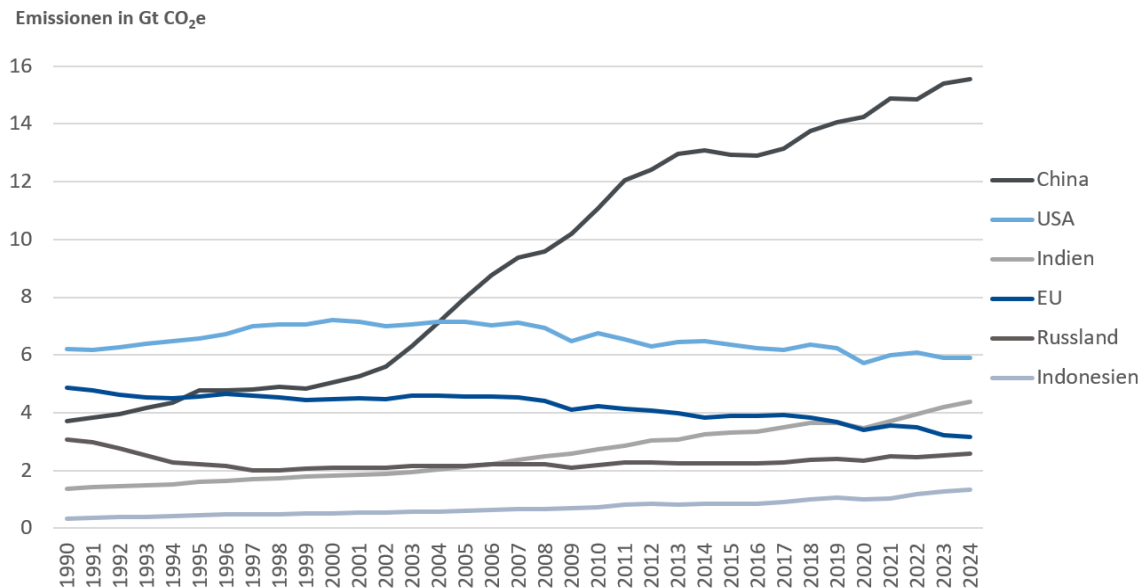


Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Fünf der sechs weltweit größten Emittenten (China, die USA, Indien, Russland und Indonesien) wiesen 2024 gegenüber dem Vorjahr höhere Emissionen auf (Abbildung 3): Indonesien verzeichnete mit einem Anstieg von fünf Prozent den größten relativen Zuwachs, während die Emissionen in den USA lediglich geringfügig um 0,4 Prozent stiegen. Auch Indien verzeichnete einen signifikanten Anstieg der Treibhausgasemissionen um vier Prozent und somit mit 164,8 Mt CO₂e den größten absoluten Zuwachs. Die EU war der Einzige der sechs großen Emittenten, der einen Rückgang der Treibhausgasemissionen um 1,8 Prozent verzeichnen konnte. Der globale Emissionsanstieg wird damit maßgeblich durch Staaten außerhalb Europas getrieben.

Abbildung 3

Entwicklung der Emissionen der größten Emittenten 1990 bis 2024



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Zwischenfazit

Die im Vorfeld des Klimagipfels vorgelegten Bewertungen zeigen, dass die globalen Temperaturen im Jahr 2024 erstmals um mehr als 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau lagen und der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen weiter gestiegen ist. Auch der weltweite Ausstoß der Treibhausgasemissionen stieg weiter an. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das 1,5-Grad-Ziel grundsätzlich nicht mehr erreichbar ist. Voraussetzung hierfür sind jedoch sofortige, substanzielle und global breit getragene Emissionsminderungen, insbesondere auch in Ländern wie China und Indien, in denen die Emissionen weiterhin steigen.

2 Nationale Klimabeiträge

122 Staaten haben nationale Klimabeiträge eingereicht

Der Weltklimavertrag verpflichtet alle Staaten, ambitionierte nationale Klimabeiträge (*Nationally Determined Contributions, NDCs*) zu formulieren. Diese Beiträge legen auf staatlicher Ebene unter anderem Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie entsprechende Umsetzungsstrategien fest.

Die ersten NDCs wurden 2020 eingereicht und auf das Zieljahr 2030 ausgerichtet. Sie sind im Abstand von fünf Jahren fortlaufend zu aktualisieren, wobei jede neue Fassung ein höheres Ambitionsniveau aufweisen muss. Im Jahr 2025 waren daher überarbeitete Beiträge vorzulegen, die sich auf das Jahr 2035 beziehen sollten. Zwar wurden bereits auf der COP 29 in Baku von einigen Staaten neue NDCs vorgelegt, insbesondere die größten Emittenten konnten sich jedoch nicht rechtzeitig auf neue Beiträge verständigen. Diese wurden zum Teil erst im Laufe des Jahres 2025 ausgehandelt und anschließend beim UN-Klimasekretariat eingereicht.

2.1 Aktualisierte NDCs und neue NDCs für das Jahr 2035

Bei der 28. Klimakonferenz 2023 in Dubai wurde erstmals eine umfassende globale Bestandsaufnahme vorgelegt. Sie bewertete sowohl die Fortschritte beim Klimaschutz als auch bei Anpassungsmaßnahmen und der Klimafinanzierung. Man kam zu dem Schluss, dass die bis dahin eingereichten nationalen Klimabeiträge nicht ausreichen, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen.

Auch die neuen NDCs, die bis kurz vor der COP 30 beim UN-Klimasekretariat eingereicht wurden, reichen nicht aus, um eine mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatible Emissionsreduktion zu erreichen. Das UN-Klimasekretariat veröffentlichte Anfang November 2025 ein Update des NDC-Syntheseberichts, das 113 neue oder überarbeitete NDCs berücksichtigt⁴. Diese decken rund 69 Prozent der globalen Emissionen des Jahres 2019 ab. Nach diesen Berechnungen würden die bislang vorliegenden Beiträge bis zum Jahr 2035 lediglich dazu führen, dass die globalen Emissionen rund sieben bis zwölf Prozent unter dem Niveau von 2019 liegen. Damit bestätigen die aktualisierten Daten, dass die derzeitigen Verpflichtungen weiterhin deutlich hinter dem zurückbleiben, was aus wissenschaftlicher Sicht erforderlich wäre.

Gemäß einer Bewertung des *Climate Action Tracker*⁵ würde selbst eine vollständige Umsetzung der in Belém diskutierten kurzfristigen globalen Maßnahmen, einschließlich des

⁴ <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/nationally-determined-contributions-ndcs/2025-ndc-synthesis-report>

⁵ https://climateactiontracker.org/documents/1353/CAT_2025-11-19_Briefing_COP30_EnergyMethaneGoals.pdf

beschleunigten Ausbaus erneuerbarer Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz sowie einer deutlichen Reduktion von Methanemissionen, nicht ausreichen, um die Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius sicherzustellen.

2.2 Engagement der größten Emittenten

China, die USA, Indien und die EU waren 2024 für rund 54,5 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wenn die größten Emittenten mit ambitionierten Klimazielen vorangehen, kann dies auch andere Staaten motivieren, angemessene Klimabeiträge festzusetzen. Insbesondere Indien kann als Vorbild für Entwicklungsländer fungieren.

Die EU, China und die USA werden als Taktgeber der internationalen Klimapolitik angesehen. Die EU nimmt seit jeher eine Vorreiterrolle im Klimaschutz ein. Dementsprechend ist auch bei den neu festgelegten Klimazielen trotz der aktuellen globalen Herausforderungen ein hohes Ambitionsniveau festzustellen. Die Beteiligung der USA an der internationalen Klimapolitik wurde nach der Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten faktisch eingestellt. Am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit unterzeichnete er ein Schreiben an die Vereinten Nationen, in dem er das Pariser Klimaschutzabkommen aufkündigte. Auch wenn die formelle Kündigungsfrist ein Jahr beträgt, zogen sich die USA bereits unmittelbar aus der internationalen Klimapolitik zurück.

Die Volksrepublik China ist weiterhin der weltweit größte Treibhausgasemittent. Gleichzeitig investiert China massiv in den Ausbau erneuerbarer Energien. Perspektivisch bleibt offen, ob und in welcher Form China eine aktivere Rolle in der internationalen Klimadiplomatie übernehmen wird. Indien ist als stark wachsende Volkswirtschaft ebenfalls sehr energieintensiv, wobei bereits ein großer Teil durch erneuerbare Energien und insbesondere Solarstrom erzeugt wird.

Tabelle 1

Aktuelle NDCs der größten Treibhausgasemittenten

	Aktuelle NDC	Basisjahr
EU	Treibhausgasminderung -66,25 bis -72,5 Prozent bis 2035	1990
USA	Treibhausgasminderung -61 bis -66 Prozent bis 2035	2005
China	Treibhausgasminderung -7 bis -10 Prozent unter <i>Emissions-Peak</i> bis 2035	k.A.
Indien	Veröffentlichung geplant für Dezember 2025 (bisher keine Aktualisierung eingereicht)	2005
Russland	Treibhausgasminderung -65 bis -67 Prozent bis 2035	1990
Indonesien	Erreichung des <i>Emissions-Peaks</i> bis 2030, Reduktion um 1,26 Gt bis 1,49 Gt CO ₂ e bis 2035	2019

2.2.1 EU

Die EU hat kurz vor der 30. UN-Klimakonferenz am 06. November 2025 ihre aktualisierten NDC beim UN-Klimasekretariat eingereicht: Bis 2035 sollen die Emissionen der EU in einem Korridor zwischen 66,25 bis 72,5 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 sinken. Die Festlegung des NDC fiel mit der Einigung auf das neue europäische 2040-Klimaziel zusammen. Demnach strebt die EU eine Emissionsreduktion bis zum Jahr 2040 um 90 Prozent gegenüber 1990 an. Um den Mitgliedstaaten gewisse Flexibilitäten einzuräumen, können ab dem Jahr 2036 bis zu fünf Prozent durch international handelbare CO₂-Gutschriften eingespart werden. Mit der Zieldefinition gingen innerhalb des Rats der Umweltminister intensive Diskussionen einher. Eine zentrale Bedingung für die Zustimmung einiger osteuropäischen Staaten war es, den ursprünglich ab 2027 startenden Europäischen Brennstoffemissionshandel (ETS 2) zu verschieben. Dieser wird nun erst ein Jahr später, im Jahr 2028, starten. Das neue Klimaziel wird in den kommenden Monaten im Trilog zwischen dem Rat der EU, dem EU-Parlament und der EU-Kommission finalisiert und in einen Rechtsakt überführt. Weiterhin Bestand hat das langfristige Ziel, bis zum Jahr 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen.

Die EU-Kommission hat bei der Ausarbeitung des Vorschlags für das 2040-Ziel auch industrie- und wirtschaftspolitische Aspekte berücksichtigt und neben die Emissionsminderung explizit auch die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt gerückt. So wurde bereits zu Jahresbeginn 2025 der *Clean Industrial Deal* als Nachfolger des *Green Deal* vorgestellt. Dieser konzentriert sich auf die Entlastung energieintensiver Industrien und die Förderung von sauberen Technologien. Insbesondere die Reduzierung der Energiekosten steht im Fokus. Ergänzend wurde ein Aktionsplan für erschwingliche Energie angenommen, der unter anderem die Vollendung der Energieunion vorsieht.

Im Jahr 2024 stellte die EU öffentliche Mittel in Höhe von rund 31,7 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bereit. Dies entspricht fast einem Drittel der insgesamt zugesagten Finanzmittel. Damit ist die EU erneut der größte Geldgeber.

2.2.2 USA

Der noch unter US-Präsident Joe Biden am 19. Dezember 2024 eingereichte Klimabeitrag der USA sieht vor, dass die Emissionen der USA bis zum Jahr 2033 um 61 bis 66 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 sinken. Bis zum Jahr 2050 wird Klimaneutralität angestrebt. Darüber hinaus soll eine Reduktion der Methanemissionen um 35 Prozent bis 2035 erreicht werden sowie weitere Treibhausgase deutlich reduziert werden.

Die zwei Hauptinstrumente zur Erreichung dieses Ziels waren der *Inflation Reduction Act* und das *Bipartisan Infrastructure Law* (BIL). Ziel beider Rechtsakte war es, private und öffentliche Investitionen in eine emissionsfreie Energiewirtschaft zu beschleunigen. Dafür setzte der Inflation Reduction Act steuerliche Anreize, um beispielsweise den Ausbau erneuerbarer Energien, Energiespeicher und sauberer Brennstoffe zu unterstützen. Mit dem BIL sollten Investitionen in die Infrastruktur und deren Resilienz gegen Klimaschäden

gefördert werden. Die Regierung von Präsident Trump stoppte jedoch die Klimaschutzmaßnahmen der USA nahezu vollständig und stellt damit auch den eingereichten Klimabeitrag der USA in Frage. So wurden im Zuge des Haushaltsgesetzes *The One Big Beautiful Bill* die steuerlichen Förderungen für Wasserstoff sowie für die Erzeugung von sauberem Strom weitgehend eingestellt.

Auch der erneute Austritt der USA aus dem Weltklimavertrag verdeutlicht, dass Klimaschutz für die Trump-Regierung keine Priorität hat. Die USA waren mit keiner Delegation auf der Klimakonferenz vertreten – ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der UN-Klimakonferenz. Zudem wurden die Beiträge zum UNFCCC-Kernhaushalt gekürzt, wodurch dem Sekretariat Einnahmen von etwa 8,3 Millionen Euro entgehen.

Darüber hinaus wurden weitere Klimafinanzierungen eingestellt, etwa der US-Entwicklungsagentur USAID, die im Jahr 2024 rund 450 Millionen Euro in Projekte im Bereich erneuerbare Energien, Klimaanpassung und nachhaltige Landwirtschaft investiert hatte. Die USAID stellte ihre Arbeit am 1. Juli 2025 endgültig ein.

2.2.3 China

Das im Jahr 2025 vorgelegte aktualisierte NDC Chinas erweitert die bisherigen Klimaziele und legt erstmals ein Ziel für das Jahr 2035 fest. China bestätigt, dass die nationalen CO₂-Emissionen ihren Höchststand weiterhin vor 2030 erreichen sollen, und strebt für 2035 eine relative Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem erreichten Emissions-Peak-Niveau an. Der Zeitpunkt des Emissionshöhepunkts bleibt jedoch offen.

Mit einem Anteil von ca. 30 Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen ist China weiterhin der mit Abstand größte Emittent der Welt. China ist der weltweit größte Produzent und Verbraucher von Kohle. Mehr als 60 Prozent der Stromerzeugung stammen aus Kohle und die Kohlenachfrage stieg 2024 um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. China ist zugleich führend bei klimafreundlichen Technologien. Das Land produzierte 2023 rund neun Millionen Elektrofahrzeuge und verantwortete etwa zwei Drittel der weltweiten Produktion. Zudem entfallen rund 64 Prozent der weltweit im Bau befindlichen Solar- und Windenergiekapazitäten auf China.

Das zentrale Klimaschutzinstrument ist der chinesische Emissionshandel, der im Jahr 2021 eingeführt wurde. Der Zertifikatspreis lag 2024 bei rund 95,96 RMB (rund 11,50 Euro) pro Tonne CO₂ und damit deutlich unter dem Preisniveau des europäischen Emissionshandels (Jahresdurchschnitt 2024: etwa 65 Euro pro Tonne CO₂). Das Handelssystem erfasst etwa 3.500 Unternehmen aus den Sektoren Energie, Stahl, Aluminium und Zement, die etwa 60 Prozent der CO₂-Emissionen emittieren.

2.2.4 Indien

Indien ist der weltweit drittgrößte Treibhausgasemittent. Die Pro-Kopf-Emissionen des Landes lagen im Jahr 2024 mit rund 3,04 t CO₂e jedoch deutlich unter dem globalen Durchschnitt (6,56 t CO₂e pro Kopf). Insgesamt stiegen die Emissionen Indiens im Vergleich zum Vorjahr um etwa vier Prozent und erreichten nach dem Rekordjahr 2023 (4.206 Mt CO₂e) einen neuen Höchststand von 4.371 Mt CO₂e pro Jahr.

Indien hat sich vorgenommen, die Emissionsintensität seiner Wirtschaft bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2005 zu senken. Das neue NDC sollte ursprünglich im Dezember 2025 vorgelegt werden; diese Frist wurde jedoch nicht eingehalten. Indien gehört somit neben Vietnam zu den Staaten, die bis Ende 2025 keine neue oder aktualisierte NDC bei dem UN-Klimasekretariat eingereicht haben, obwohl dies gemäß dem fünfjährigen Zyklus des Pariser Abkommens vorgesehen ist. Nichtsdestotrotz strebt Indien an, bis 2030 die Hälfte der installierten Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien zu decken und bis 2070 Klimaneutralität zu erreichen.

Konkret sollen die Kapazitäten der nicht-fossilen Energieerzeugung bis 2030 auf 500 GW ausgebaut werden. Im Jahr 2024 verfügte Indien bereits über etwa 209 GW an erneuerbaren Kapazitäten. Im Jahr 2025 wurden Schätzungen zufolge über 34 GW an neuer Solar- und Windleistung installiert. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Wachstum von 70 Prozent. Im Juli 2025 verkündete die indische Regierung, dass rund 50 Prozent der installierten Stromerzeugungsleistung aus nicht-fossilen Energieträgern stammen.

Trotz der positiven Entwicklung basiert die Energieversorgung Indiens weiterhin zu großen Teilen auf Kohle: Die Kohleproduktion stieg im indischen Fiskaljahr 2024/25 (April 2024 bis März 2025) auf ein Rekordniveau von rund 1.048 Millionen Tonnen.

Indien plant, ein nationales Emissionshandelssystem einzuführen. Dieses soll auf einem bereits bestehenden, verpflichtenden Energieeffizienzprogramm aufbauen. Zu Beginn soll das Emissionshandelssystem neun Sektoren mit ca. 800 Unternehmen umfassen, darunter Aluminium, Zement, Eisen- und Stahl, Papier sowie die Petrochemie und die Erdölraffination. Das System soll im Jahr 2026 seinen Betrieb aufnehmen.

2.3 Bewertung der vbw

Aus Sicht der vbw ist wirksamer Klimaschutz nur dann erreichbar, wenn sich alle Staaten zu vergleichbaren, überprüfbaren und ambitionierten Klimazielen für das Jahr 2035 verpflichten. Insbesondere große Emittenten wie China sind gefordert, ihr Ambitionsniveau deutlich nachzuschärfen und konkrete, nachvollziehbare Zielpfade vorzulegen. Nur so kann langfristig ein globales Level Playing Field entstehen und Carbon Leakage vermieden werden.

Der Rückzug der USA aus der internationalen Klimapolitik ist kontraproduktiv und schwächt die globale Klimadiplomatie. Der Ausfall politischer Impulse sowie finanzieller

Beiträge verschärft bestehende Herausforderungen insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer. Die verbleibenden großen Emittenten stehen daher in besonderer Verantwortung, die entstandenen Lücken gemeinsam zu schließen.

Die EU nimmt mit ihren ambitionierten Klimazielen weiterhin eine Vorreiterrolle ein. Bei der Umsetzung des NDC für 2035 darf jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht gefährdet werden. Hohe CO₂-Kosten, steigende Energiepreise und regulatorische Belastungen können Investitionen hemmen und Produktionsverlagerungen begünstigen. Der europäische Emissionshandel muss daher als zentrales, marktbasiertes Leitinstrument gestärkt und international anschlussfähig ausgestaltet werden. Die Verschiebung des Starts des ETS 2 auf 2028 ist nachvollziehbar und verschafft Unternehmen zusätzliche Vorbereitungszeit. Gleichzeitig ist der nationale Brennstoffemissionshandel zügig zu beenden, um einseitige Zusatzbelastungen insbesondere für die deutsche Wirtschaft zu vermeiden. Solange der CO₂-Grenzausgleich (CBAM) seine Wirksamkeit nicht nachgewiesen hat, sind bestehende Entlastungsinstrumente zwingend erforderlich. CBAM darf zudem nicht zu zusätzlichen bürokratischen Belastungen führen; insbesondere für Exporte bestehen weiterhin ungelöste Fragen.

3 Global Mutirão

Fokus auf Umsetzung statt neuer Verpflichtungen

Die UN-Klimakonferenz in Belém stand erneut im Zeichen der weltweiten Anstrengungen, den internationalen Klimaschutz voranzutreiben und einen gemeinsamen Weg zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels zu finden. An der Konferenz haben rund 56.000 Delegierte aus 193 Staaten sowie die EU teilgenommen. Damit gehörte die COP 30 erneut zu den größten multilateralen Verhandlungsformaten im Bereich der internationalen Umwelt- und Klimapolitik.

Zum Ende der UN-Klimakonferenz wurde das *Global Mutirão* vorgestellt. Ursprünglich steht der Begriff in weiten Teilen Lateinamerikas für gemeinschaftlich organisierte Arbeitsprozesse. Er beschreibt Formen der Zusammenarbeit, bei denen mehrere Akteure gleichzeitig an einer gemeinsamen Aufgabe arbeiten. Der Begriff betont damit kollektives Handeln und gemeinsame Verantwortung.

Für die internationale Klimapolitik soll dieses Konzept als Ansatz dienen, um Strukturen für die Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu schaffen. Das Dokument *Global Mutirão* stellt mit Blick auf die diesjährige UN-Klimakonferenz den zentralen politischen Beschlussrahmen dar und bildet somit das Herzstück der Ergebnisse. Im Fokus stehen dabei weniger neue Zielsetzungen als vielmehr die Beschleunigung der Umsetzung bestehender Zusagen.

3.1 Anpassungsfinanzierung: Ziel einer Verdreifachung bis 2035

In Belém stand die Frage der Anpassungsfinanzierung im Zentrum der Debatten, da die bestehende Finanzierungslücke seit Jahren wächst. Nach Angaben des UNEP betrugen die von den Industriestaaten bereitgestellten Mittel im Jahr 2023 lediglich 23,3 Milliarden Euro und somit rund 1,7 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. Das UNEP beziffert den jährlichen Bedarf bis 2035 auf rund 266 Milliarden Euro⁶ (Abbildung 4). Damit klafft weiterhin eine erhebliche Lücke zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den bereitgestellten Mitteln.

Diese Entwicklung bestätigt auch der von Brot für die Welt veröffentlichte *Climate Adaptation Finance Index 2025*⁷. Demnach sind rund 96 Prozent der untersuchten Entwicklungsländer deutlich unterfinanziert, wobei besonders armutsgefährdete Staaten wie Somalia, Niger und Afghanistan Indexwerte im Bereich extremer Unterfinanzierung aufweisen. Mit Blick auf die Anpassungsfinanzierung, die Deutschland für Entwicklungsländer bereitstellt,

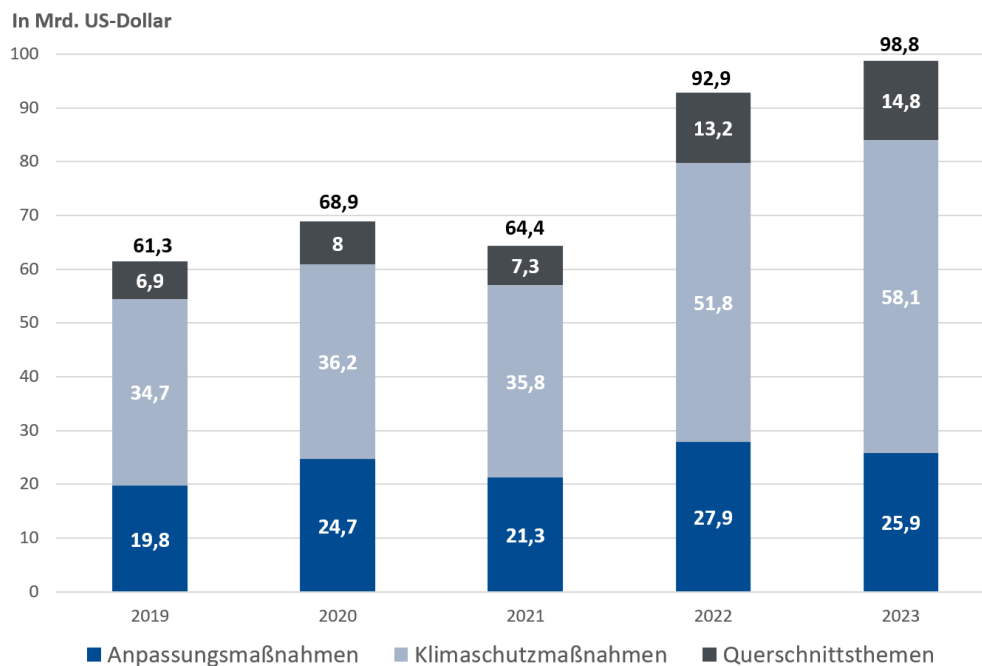
⁶ <https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2025>

⁷ https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/Anpassungsindex/Climate_Adaption_Finance_Index_2025.pdf

zeichnet der Index ein ähnliches Bild. Demnach gehören trotz einer Erhöhung der Anpassungsfinanzierung von 2016 bis 2022 auf 14,6 Milliarden Euro 90 Prozent der Staaten zu den unterfinanzierten Empfängern. Dies verdeutlicht strukturelle Defizite in der Verteilung und Wirksamkeit der Anpassungsfinanzierung.

Abbildung 4

Verteilung der Ausgaben 2019–2023



Quelle: United Nations Environment Program Adaptation Gap Report 2025

Vor diesem Hintergrund forderten Staaten wie die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Countries*), die Allianz der kleinen Inselstaaten (*Alliance of Small Island States*) sowie die afrikanische Gruppe eine deutliche Aufstockung der Mittel und sprachen sich für eine Verdreifachung bis 2030 aus. Eine verbindliche Zielsetzung fand jedoch keine Mehrheit. Die Vertragsstaaten einigten sich im *Global Mutirão* schließlich auf eine abgeschwächte Formulierung, die lediglich zu Anstrengungen aufruft, die Mittel bis 2035 zu verdreifachen. Damit bleibt der politische Anspruch deutlich hinter den Forderungen besonders betroffener Staaten zurück.

Dagegen wurden im technischen Bereich deutliche Fortschritte erzielt. Aus einem anfänglich rund 10.000 Indikatoren umfassenden Vorschlag zur Überprüfung des globalen Anpassungsziels wurde ein Set von 59 Indikatoren verabschiedet. Die Indikatoren dienen dazu, die Fortschritte bei der Zielerreichung des globalen Anpassungsziels zu messen und umfassen beispielsweise den Umfang an wiederhergestellten, klimaresilient gestalteten Ökosystemen, den Bevölkerungsanteil mit Zugang zu klimaresilienter Trinkwasserversorgung

sowie den Anteil der kritischen Infrastruktur, die gegenüber klimabedingten Gefahren geschützt ist.

Die Indikatoren werden von der sogenannten *Belém-Addis Vision* begleitet. Dabei handelt es sich um ein zweijähriges Arbeitsprogramm zur weiteren Ausgestaltung der Indikatoren. Zudem konnten die Arbeiten zu den *nationalen Anpassungsplänen (National Adaptation Plans, NAP)* wieder aufgenommen werden. In den nationalen Anpassungsplänen sollen Staaten ihre Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels bewerten und entsprechende Anpassungsmaßnahmen festlegen. Damit rückt die systematische Verankerung von Anpassungspolitiken auf nationaler Ebene stärker in den Fokus. Ziel der Pläne ist es, die Resilienz der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Ökosysteme gegenüber klimatischen Veränderungen zu stärken und Anpassungsmaßnahmen konsequent umzusetzen.

3.2 Global Implementation Accelerator und Belém Mission to 1.5: Umsetzungsinstrumente

Ein weiteres zentrales Element des *Global Mutirão* ist der *Global Implementation Accelerator*, der Staaten unter anderem unterstützen soll, ihre national festgelegten Klimabeiträge effektiver umzusetzen. Der Beschluss betont, dass insbesondere Länder mit begrenzten technischen und finanziellen Möglichkeiten zusätzliche Unterstützung benötigen. Der Accelerator soll hierzu bestehende internationale Kooperationsangebote bündeln und die Zusammenarbeit zwischen internationalen Institutionen verbessern. Ziel ist es, bestehende Umsetzungsdefizite gezielt zu adressieren.

Mit dem Accelerator eng verknüpft ist die *Belém Mission to 1.5*, die sicherstellen soll, dass nationale Maßnahmen und Transformationspfade im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel stehen. Die Mission soll energieintensive Sektoren bei der Dekarbonisierung unterstützen und dafür wissenschaftsbasierte Leitlinien, Benchmarks und Kooperationsformate entwickeln. Zudem sieht die Mission vor, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und Länder beim Zugang zu relevanten Technologien zu unterstützen. Der Fokus liegt dabei auf sektoralen Ansätzen und der Skalierung bewährter Lösungen.

3.3 Kein Konsens zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern nahm auf der diesjährigen UN-Klimakonferenz erneut eine wichtige Rolle ein. Wie bereits in den vorherigen Konferenzen zeigte sich jedoch ein tiefer Graben zwischen den verschiedenen Parteien. Eine Annäherung der Positionen konnte nicht erreicht werden.

Zwar hat sich die brasilianische Präsidentschaft bereits vor der COP 30 intensiv darum bemüht, einen Fahrplan zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu entwerfen. Jedoch konnten die Vertragsstaaten keine vorzeitige Einigung erzielen. Zu Beginn der UN-Klimakonferenz schlossen sich rund 80 Staaten der Forderung nach einem Fahrplan an, darunter auch Staaten wie Kolumbien, Australien und Norwegen, die bedeutende Staatseinnahmen

aus fossilen Brennstoffen generieren. Die EU und Deutschland waren auch Teil der Gruppe. Gleichzeitig markierte eine Gruppe aus ebenfalls rund 80 Staaten den Gegenpol. Die Blockade verdeutlicht die weiterhin stark divergierenden energie- und wirtschaftspolitischen Interessen.

Im Abschlussdokument zeigte sich, dass sich die Gegner des Ausstiegs durchsetzen konnten. So findet sich im finalen Beschlusstext kein Hinweis zum Ausstieg aus fossilen Energien. Stattdessen kündigte die brasilianische Präsidentschaft an, dass ein Fahrplan zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern auf der 31. UN-Klimakonferenz vorgestellt werden soll. Dieser Fahrplan ist auf freiwilliger Basis und nicht Teil des formalen Rahmens der UN-Klimakonferenz. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern bleibt damit weiterhin politisch unverbindlich.

3.4 Bewertung der vbw

Die Ankündigung, die Anpassungshilfen langfristig zu verdreifachen, ist grundsätzlich zu begrüßen und ein wichtiges politisches Signal. Entscheidend wird jedoch sein, dass die zugesagten Mittel zeitnah, planbar und zusätzlich mobilisiert werden. Ohne konkrete Umsetzungsmechanismen, transparente Berichterstattung und eine verlässliche Finanzierung bleibt die Zielsetzung wirkungslos.

Mit dem *Global Implementation Accelerator* wurde ein grundsätzlich sinnvolles Instrument geschaffen, um die Umsetzung der nationalen Klimabeiträge zu unterstützen. Ob der Accelerator einen messbaren Beitrag leisten kann, hängt maßgeblich von der Ausgestaltung der künftigen Arbeitsprogramme ab. Diese müssen sich auf konkrete, umsetzungsnahe Maßnahmen konzentrieren und bestehende Initiativen sinnvoll bündeln, statt neue Parallelstrukturen zu schaffen. Zugleich sollten Länder mit einer starken Green-Tech-Industrie, wie Deutschland, die internationalen Kooperationsformate aktiv mitgestalten, um ihre technologischen Stärken gezielt in die Umsetzung einzubringen.

Die fehlende Einigung auf einen globalen Fahrplan zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist dagegen als klarer Rückschritt zu bewerten. Sie verdeutlicht die anhaltenden politischen Blockaden in zentralen Fragen der internationalen Klimapolitik. Umso wichtiger ist es, dass die Staaten, die sich auf der COP 30 ausdrücklich für einen Ausstieg ausgesprochen haben, nun vorangehen und nationale sowie sektorale Maßnahmen zügig umsetzen. Freiwillige Bündnisse, sektorale Initiativen und thematische Folgeveranstaltungen werden daher künftig eine noch größere Bedeutung für den Fortschritt im internationalen Klimaschutz haben.

4 Klimafinanzierung

Weichenstellung für einen verlässlichen Finanzierungsrahmen bis 2035

Die globale Klimafinanzierung war ursprünglich zwar nicht eines der Kernthemen des diesjährigen Klimagipfels, beeinflusste aber dennoch einen Großteil der Verhandlungen. Besonders die arabischen Staaten, Indien sowie einige Staaten aus der Gruppe der Entwicklungsländer setzten sich dafür ein, dass das Thema stärker in den Fokus rückte. Unter anderem wurde die Frage diskutiert, wie die finanziellen Mittel für die Anpassung an den Klimawandel ausgeweitet werden können. Mit dem *Belém Package* verständigten sich die Staaten politisch darauf, die globale Finanzierung für Anpassungsmaßnahmen bis 2035 zu verdreifachen, ohne allerdings konkrete Finanzierungszusagen oder verbindliche Zeitpläne festzulegen (siehe Kapitel 3.1).

Des Weiteren drehten sich die Diskussionen wie in den Vorjahren vor allem um die Verteilung der Lasten zwischen Industrie- und Schwellenländern sowie um die Frage, welche Staaten in welchem Umfang zur Finanzierung beitragen sollen. Gleichzeitig wurde erneut betont, dass öffentliche Mittel, Entwicklungsbanken und private Investitionen mobilisiert werden müssen, um das vereinbarte Finanzierungsniveau erreichen zu können.

Darüber hinaus bestätigten mehrere Staaten während des Gipfels zusätzliche Beiträge zu neuen und bestehenden Finanzierungsinstrumenten, darunter die neu ins Leben gerufene *Tropical Forest Forever Facility* (TFFF) sowie den Anpassungsfonds. Ein weiterer, zentraler Punkt der internationalen Klimafinanzierung war die Umsetzung der sogenannten *Baku to Belém Roadmap*. Die Roadmap legt dar, wie das im Rahmen des *New Collective Quantified Goal on Climate Finance* (NCQG) verankerte Ziel einer jährlichen Mobilisierung von rund 1,12 Billionen Euro erreicht werden könnte.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse der COP 30, dass die internationale Klimafinanzierung weiterhin ein hoch umstrittenes Thema bleibt. Zwar sendet das Belém Package ein politisches Signal für eine Steigerung der Unterstützungsleistungen, gleichzeitig blieben aber zentrale Fragen zum Umfang, der Verbindlichkeit, Überprüfbarkeit und der Verteilung der Mittel weiterhin ungeklärt.

4.1 Umsetzung der Baku-to-Belém Roadmap

Mit der *Baku-to-Belém Roadmap* wurde aufbauend auf den Beschlüssen der COP 29 ein zentraler Rahmen geschaffen, um die internationale Klimafinanzierung deutlich auszuweiten. Grundlage ist das auf der COP 29 vereinbarte Ziel, die Finanzierung für Entwicklungsländer aus öffentlichen und privaten Quellen bis 2035 auf rund 1,12 Billionen Euro (entspricht etwa 1,3 Billionen US-Dollar) jährlich zu erhöhen. Die Roadmap dient dazu, bestehende Initiativen und Finanzierungsmöglichkeiten zu bündeln und auf dieses langfristige Ziel auszurichten.

Die bisherigen Finanzierungsflüsse liegen weit unter dem angestrebten Niveau, während viele Entwicklungsländer mit hohen Kapitalkosten, eingeschränktem finanziellen Spielraum und begrenztem Zugang zu Krediten konfrontiert sind. Um diese Probleme zu adressieren, strukturiert die Roadmap die erforderlichen Schritte entlang von fünf zentralen Handlungsfeldern:

- Ausweitung von Zuschüssen, Finanzierungen und günstigem Kapital
- Zugang zu privaten Finanzströmen und erschwingliche Kapitalkosten
- Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum und Schuldentragfähigkeit
- Skalierung der Kapazitäten und bessere Koordination
- Weiterentwicklung der Systeme und Strukturen für gerechte Kapitalflüsse.

Auf der COP 30 wurde die Roadmap offiziell vorgestellt und in das Mutirão-Paket aufgenommen. Für viele Vertreter von Entwicklungsländern hatte sie allerdings eine untergeordnete Priorität. Diese konzentrierten sich vornehmlich auf das vereinbarte 257 Milliarden Euro-Finanzierungsziel (siehe Kapitel 4.2). Gleichzeitig sollen Maßnahmen eingeleitet werden, um die globale Klimafinanzierung schrittweise an das langfristige 1,3-Billionen-Ziel heranzuführen. Da jedoch keine verbindlichen Zusagen oder neue Finanzierungsinstrumente beschlossen wurden, können die Ergebnisse zwar als erster wichtiger, aber noch unzureichend konkretisierter Schritt interpretiert werden.

4.2 Erreichung des 300 Milliarden US-Dollar-Finanzierungsziels (257 Milliarden Euro)

Mit der Verabschiedung des *New Collective Quantified Goal* (NCQG) in Baku im Jahr 2024 haben sich die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer bis 2035 auf mindestens 257 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. Dieses Ziel ist in das übergeordnete Ziel der Baku-to-Belém Roadmap eingebettet. Industriestaaten sollen eine Führungsrolle einnehmen, während andere Staaten zu freiwilligen Beiträgen ermutigt werden.

Die aktuellsten Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) für die Klimafinanzierung liegen für das Jahr 2022 vor. Danach wurden insgesamt 99,4 Milliarden Euro an öffentlichem und privatem Kapital bereitgestellt. Davon entfielen rund 78,6 Milliarden Euro auf öffentliche Mittel, etwa 2,06 Milliarden Euro auf Kredite und 18,8 Milliarden Euro auf private Investitionen⁸. Damit stammt nur rund ein Fünftel der berichteten Mittel aus privaten Finanzierungsquellen, was ein erhebliches Defizit mit Blick auf das Ziel, private Investitionen anzureizen, darstellt.

Im Vergleich zur NCQG-Zielmarke von 257 Milliarden Euro jährlich ist auch das bislang insgesamt erreichte Niveau von 99,4 Milliarden Euro deutlich zu niedrig. Selbst wenn für die Jahre 2023 bis 2025 noch keine Zahlen vorliegen, ist davon auszugehen, dass mit Blick auf

⁸ https://www.oecd.org/en/publications/climate-finance-provided-and-mobilised-by-developed-countries-in-2013-2022_19150727-en.html

eine Lücke von etwa 158 Milliarden Euro im Jahr 2022 der Kapitalbedarf weiterhin erheblich ist. Der erste formelle Fortschrittsbericht zum NCQG durch das *Standing Committee on Finance* der UNFCCC ist für das Jahr 2028 geplant.

Laut einer Analyse der OECD⁹ aus dem Jahr 2025 ist für die Erreichung des 257-Milliarden-Euro-Ziels ein Paket aus unterschiedlichen Maßnahmen notwendig. Dazu gehört eine zuverlässige und nachvollziehbare Datenbasis notwendig ist, um Doppelzählungen zu vermeiden und die Zuschreibung der Finanzflüsse transparent darzustellen. Insbesondere die Behandlung freiwilliger Beiträge von Entwicklungs- und Schwellenländern sei bislang ungeklärt. Parallel müsse die Datenbasis insgesamt ausgebaut werden, etwa durch eine bessere Einbindung von Entwicklungsbanken.

Hinweis

Doppelzählungen können entstehen, wenn mehrere Akteure dieselben Investitionen als eigenen Beitrag angeben, etwa wenn ein Geberland eine klimabezogene Leistung meldet und die gleiche Maßnahme zusätzlich von einem privaten Akteur, der die Initiative unterstützt, als eigene Klimafinanzierung ausgewiesen wird.

Ferner unterstreicht die OECD, dass die Erreichung des Ziels über rein öffentliche Mittel hinausgeht und tiefgreifende Reformen im internationalen Finanzsystem erforderlich sind. Dazu zählt beispielsweise die Verbesserung der Investitionsbedingungen in Entwicklungsländern sowie Reformen zur Senkung der Kapitalkosten. Abschließend betont die OECD, dass die Fortschrittsmessung zum NCQG neue technische Verfahren benötigt. Während das 257-Milliarden Euro-Ziel detailliert nach den verschiedenen Finanzierungsquellen zu messen ist, sollen für das umfassendere 1,3-Billionen-Ziel aggregierte Indikatoren genutzt werden. Aus Sicht vieler Entwicklungsländer bleibt damit jedoch unklar, wie schnell und in welchem Umfang die zugesagten Mittel tatsächlich verfügbar gemacht werden. Die fehlende Festlegung verbindlicher Zwischenziele, klarer Verantwortlichkeiten und robuster Monitoring-Mechanismen erschwert sowohl die politische Nachverfolgbarkeit als auch die planerische Verlässlichkeit auf nationaler Ebene. Damit besteht die Gefahr, dass das Finanzierungsziel seine Lenkungswirkung im Hinblick auf ambitioniertere nationale Klimabeiträge nur eingeschränkt entfaltet.

4.3 Fortschritte bei den Instrumenten der Klimafinanzierung

Grundsätzlich umfasst die internationale Klimafinanzierung eine Vielzahl von Fonds und Instrumenten, die unterschiedliche Zwecke und Bedarfe abdecken. So fördert beispielsweise der Anpassungsfonds Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels,

⁹ https://www.oecd.org/en/publications/unpacking-the-usd-300-billion-goal-and-the-usd-1-3-trillion-scale-up-call-in-the-ncqg_bb53df0c-en.html

während die Tropical Forest Forever Facility (siehe Kapitel 2.3.1) konkrete Maßnahmen zum Schutz und zum Erhalt tropischer Wälder unterstützt.

Zudem wird zwischen öffentlichen Mitteln (z. B. staatlichen Beiträgen) und privaten Finanzierungsquellen unterschieden. So binden beispielsweise Programme wie der Climate Investment Funds (CIF) auch privates Kapital ein.

Die jeweiligen Finanzierungsinstrumente bestehen parallel zueinander und sind unabhängig vom bzw. zusätzlich zum übergeordneten Gesamtfinanzierungsziel von 257 Milliarden Euro zu betrachten. Eine stärkere Koordinierung zwischen den einzelnen Instrumenten bleibt jedoch eine zentrale Herausforderung. Der Bezug auf das 257-Milliarden-Euro-Ziel dient der Darstellung der konkreten öffentlichen Finanzierungsdimension, während das 1,3-Billionen-Ziel als langfristige Skalierungsambition verstanden wird, die auch private Finanzierungsströme umfasst. Beide Zielgrößen sollten klar voneinander abgegrenzt dargestellt werden.

4.3.1 Tropical Forest Forever Facility

Bereits kurz vor der diesjährigen UN-Klimakonferenz wurde ein neues Instrument initiiert. Mit der *Tropical Forest Forever Facility* (TFFF) will Brasilien einen neuen Weg zum Schutz tropischer Wälder beschreiten. Der Finanzierungsmechanismus soll den Erhalt der Waldfläche durch die Ausgabe von Finanzmitteln aus dem neu aufgelegten Fonds belohnen, wovon insbesondere die zum Teil hoch verschuldeten Tropenwaldländer profitieren sollen.

Um Gelder zu erhalten, müssen die Regierungen der Tropenwaldländer nachweisen können, dass die Entwaldungsrate unter einem Schwellenwert von 0,5 Prozent liegt. Staaten, deren Entwaldungsrate jährlich unter 0,5 Prozent liegt, erhalten pro Jahr und Hektar vier US-Dollar (3,43 Euro). Gleichzeitig soll jeder abgeholzte Hektar mit 140 US-Dollar (120,12 Euro) bestraft werden. Der Erhalt der Waldfläche muss anhand zuverlässiger Messmethoden nachgewiesen werden, wofür unter anderem Satellitenbilder zum Einsatz kommen sollen. Das ausführliche Regelwerk ist in der Concept Note 3.0 des TFFF zu finden¹⁰.

Das Geld muss nicht zurückgezahlt werden und ist flexibel einsetzbar. Eine Ausnahme ist die Pflicht zur Verwendung von 20 Prozent der erhaltenen Mittel für den Schutz indigener Völker, da diese besonders von der Zerstörung der Regenwaldflächen betroffen sind.

Konkret soll zur Finanzierung ein *Tropical Forest Investment Fund* aufgelegt werden. Der Fonds soll mit rund 25 Milliarden US-Dollar (21,45 Milliarden Euro) befüllt werden, um damit anschließend weitere 100 Milliarden US-Dollar (85,8 Milliarden Euro) an privatem Kapital zu mobilisieren. Die Anlage der Mittel am Kapitalmarkt soll dazu führen, dass die einmaligen Investitionen dauerhafte Erträge abwerfen und jährlich rund vier Milliarden Euro ausgeschüttet werden. Damit verfolgt der Fonds einen langfristig angelegten,

¹⁰ <https://tfff.earth/wp-content/uploads/2025/10/TFFF-Concept-Note-3.1.pdf>

kapitalmarktbasierten Ansatz. Aus diesem Konzept resultiert auch das *Forever* im Namen des Fonds.

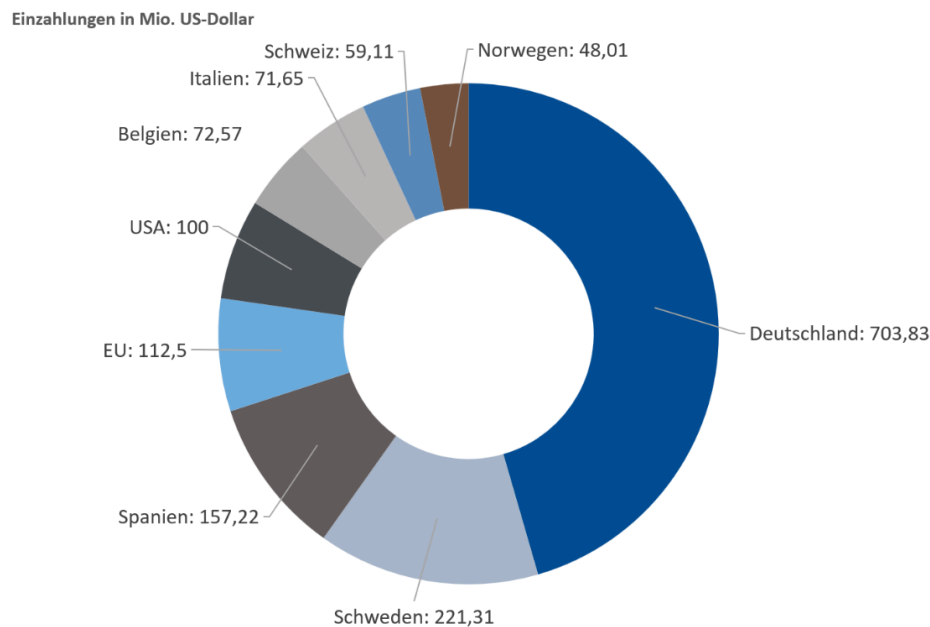
4.3.2 Anpassungsfonds

Der sog. Anpassungsfonds zielt darauf ab, Projekte und Programme zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern zu finanzieren, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind. Bisher wurden aus dem Fonds 1,3 Milliarden Euro für mehr als 200 Anpassungsprojekte in 108 Ländern bereitgestellt. Nach Angaben der Weltbank wurden bisher rund 1,7 Milliarden Euro in den Fonds eingezahlt. Deutschland ist mit einem Beitrag von rund 604 Millionen Euro weiterhin der größte Unterstützer des Fonds.¹¹

In Belém haben sich die Vertragsstaaten darauf verständigt, die finanziellen Mittel für die Klimaanpassung bis 2035 zu verdreifachen. Deutschland bekräftigte sein Versprechen, weitere 60 Millionen Euro beizusteuern. Die Mittel sollen über die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) der Bundesrepublik bereitgestellt werden. Daneben kündigten Spanien, Belgien, Irland, Luxemburg, Schweden und Island neue Beiträge in Höhe von insgesamt rund 43 Millionen Euro für den Anpassungsfonds an. Damit bleibt der Fonds weiterhin stark von einzelnen Geberstaaten abhängig.

Abbildung 5

Die größten Geberländer des Anpassungsfonds



Quelle: Eigene Darstellung

¹¹ <https://fiftrustee.worldbank.org/en/about/unit/dfi/fiftrustee/fund-detail/adapt>

4.3.3 Fonds für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten

Bei der COP 30 in Belém konnten im Bereich der klimabedingten Schäden und Verluste (Loss and Damage) trotz teils schwierigen Verhandlungen mehrere ausstehende Texte verabschiedet werden, wie beispielsweise eine seit der COP 29 blockierte Überprüfung der bisher umgesetzten Maßnahmen im Rahmen des *Warsaw International Mechanism* (WIM). Die Maßnahmen des WIM konzentrieren sich auf die Entwicklung von Ansätzen zur Minimierung des Risikos von klimabedingten Schäden und Verlusten, die Förderung von internationaler Zusammenarbeit, technische Unterstützung besonders vulnerabler Staaten sowie die Identifizierung von Finanzierungsmöglichkeiten.

Dagegen blieben weitere, notwendige Impulse bei der Finanzierung aus. Von den bislang zugesagten 676,8 Millionen Euro für den Fonds für den Umgang mit Schäden und Verlusten (Loss and Damage Funds, FRLD) wurden lediglich 340 Millionen Euro tatsächlich eingezahlt. Der deutsche Anteil beläuft sich derzeit auf etwa 84 Millionen Euro. In Belém startete der Fonds seine erste Ausschreibungsrunde im Rahmen der *Barbados Implementation Modalities*, in der bis zum Mai 2026 rund 215 Millionen Euro als Zuschüsse an betroffene Entwicklungsländer vergeben werden sollen. Die Auszahlung ist an bestimmte Kriterien gekoppelt. So muss das zu fördernde Projekt vom betroffenen Land selbst entwickelt und geleitet werden. Außerdem muss das Projekt einen messbaren Beitrag zur Bewältigung der klimabedingten Schäden und Verluste leisten. Zudem muss nachgewiesen werden, dass es nationale Strukturen ergänzt und eine bestehende Finanzierungslücke schließt. Beispiele für förderfähige Aktivitäten sind der Wiederaufbau von Infrastruktur nach einem Extremwetterereignis oder Maßnahmen zur Unterstützung von Gemeinden, die aufgrund eines steigenden Meeresspiegels umgesiedelt werden mussten.

Die kurzfristige Bereitstellung der 215 Millionen Euro soll auch als Demonstration dienen, um die Wirksamkeit und Geschwindigkeit der Mittelbereitstellung zu belegen und damit zusätzliche Beiträge zu mobilisieren. Gleichzeitig verdeutlichen die verfügbaren Summen die bestehende Finanzierungslücke, da der jährliche Bedarf der Entwicklungsländer deutlich höher liegt. Die Erwartungen vieler Entwicklungsländer an ein stärkeres politisches Signal wurden daher nicht erfüllt.

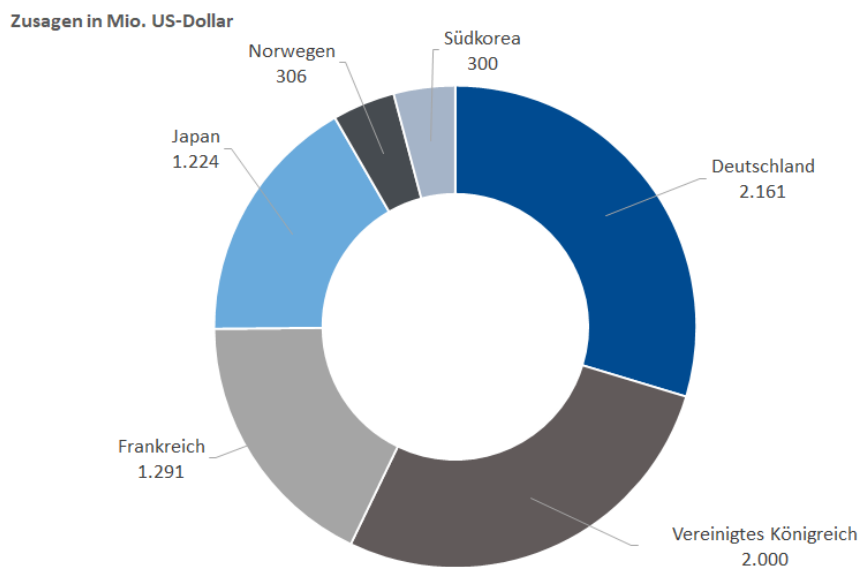
4.3.4 Green Climate Fund

Der *Green Climate Fund* (GCF) fungiert als zentrales Werkzeug für die internationale Klimafinanzierung. Die Mittel des Fonds fließen jeweils zur Hälfte in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Bis dato wurden 336 Projekte mit einem Volumen von 16,6 Milliarden Euro bewilligt. Allein im Jahr 2025 wurde für 22 Projekte ein Rekordvolumen von 1,1 Milliarden Euro freigegeben. Damit wurde ein Jahresvolumen von 2,8 Milliarden Euro erreicht, was nach 2021 ein neues Rekordjahr bedeutet. Das Rekordvolumen von 2,8 Milliarden Euro im Jahr 2025 ergibt sich aus den neu bewilligten Projekten sowie den bereitgestellten Mitteln im Rahmen bereits zugesagter Projekte des Green Climate Fund.

Seit 2022 läuft die zweite Runde zur Wiederauffüllung des Fonds. Bis März 2025 hatten 34 Staaten dem Green Climate Fund insgesamt etwa neun Milliarden Euro zugesagt. Davon hat allein Deutschland knapp 1,89 Milliarden Euro beigesteuert (Abbildung 6). Deutschland bleibt damit der größte Einzelgeber. In Belém kündigte der GCF die Einrichtung von insgesamt 17 neuen Länder- und Regionalplattformen an. Diese sollen die Umsetzung nationaler Prioritäten beschleunigen und die Effizienz der Mittelverwendung erhöhen.

Abbildung 6

Die größten Geberländer für die zweite Wiederauffüllung des GCF



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben des Green Climate Fund (Stand: 1. Dezember 2025)

4.3.5 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung

Ferner sagten Deutschland und Spanien Zuwendungen an den *Climate Investment Funds* (CIF) in Höhe von insgesamt rund 85,8 Millionen Euro zu. Die Einnahmen dienen in erster Linie dem Investitionsprogramm *ARISE* (*Accelerating Investments in Resilience and Innovations for Sustainable Economies*). Dabei handelt es sich um eine Initiative, die darauf abzielt, Investitionen in nachhaltige Wirtschaftsstrukturen zu beschleunigen und insbesondere Anpassungs- und Resilienzprojekte in einkommensschwachen Ländern zu fördern. Deutschland steuert 54,3 Millionen Euro und Spanien 31,6 Millionen Euro bei.

Außerdem veröffentlichten multilaterale Entwicklungsbanken, darunter die Weltbank und die Europäische Investitionsbank (EIB), ein Papier, in dem sie ihre Strategie zur

Beschleunigung der Klimaanpassung darlegten¹². Demnach haben die Banken ihre Anpassungsfinanzierung in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet und allein im Jahr 2024 mehr als 26 Milliarden Euro für Anpassungsmaßnahmen bereitgestellt. Dies entspricht etwas mehr als einer Verdopplung innerhalb von fünf Jahren. Bis 2030 soll das Volumen auf jährlich rund 36 Milliarden Euro steigen. Insgesamt planen die Entwicklungsbanken, bis 2030 rund 103 Milliarden Euro für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu mobilisieren, flankiert von bis zu 56 Milliarden Euro an privatem Kapital.

Die Klimafinanzierungsversprechen sind ausschlaggebend für das Ambitionslevel der Klimaschutzbeiträge der ärmeren Entwicklungsländer. Diese unterscheiden in ihren NDCs (siehe Kapitel 2) meist zwischen den Klimazielen, die mit eigenen Mitteln erreichbar sind, und den Klimabeiträgen, die sie nur realisieren können, wenn sie eine externe finanzielle Unterstützung erhalten.

4.4 Bewertung der vbw

Die diesjährige UN-Klimakonferenz diente aus Sicht der vbw in erster Linie nicht der Aushandlung neuer Finanzierungsinstrumente, sondern der konkreten Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen. Gleichwohl spielten Fragen der Finanzierung unweigerlich eine zentrale Rolle. Positiv hervorzuheben ist, dass bestehende Fonds weiterentwickelt und neue Ansätze auf den Weg gebracht wurden. Gleichzeitig blieben verbindliche Zusagen, klare Zeitpläne und belastbare Umsetzungsmechanismen hinter dem tatsächlichen Finanzierungsbedarf zurück.

Neue Instrumente wie die *Tropical Forest Forever Facility* sind grundsätzlich zu begrüßen, sofern sie zusätzliche Mittel mobilisieren, praktikabel ausgestaltet sind und Doppelstrukturen vermeiden. Entscheidend sind transparente Governance-Strukturen, robuste Mess- und Nachweismechanismen sowie eine verlässliche Mittelbereitstellung.

Deutschland nimmt weiterhin eine führende Rolle in der internationalen Klimafinanzierung ein. So steuerte die Bundesrepublik im Jahr 2024 insgesamt rund 11,8 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bei. Dauerhaft hohe Beiträge können jedoch nur von einem wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Industriestandort getragen werden. Internationale Klimafinanzierung muss daher in eine kohärente europäische und nationale Standort- und Transformationsstrategie eingebettet sein. Neue Steuern oder Abgaben zur Finanzierung internationaler Klimaschutzmaßnahmen lehnen wir ab. Stattdessen müssen gezielt private Investitionen mobilisiert, Kapitalkosten gesenkt und Entwicklungs- sowie Förderbanken als Hebel genutzt werden, ohne zusätzliche Bürokratie und ohne weitere Belastungen für den Wirtschaftsstandort. Zugleich sollte Klimafinanzierung gezielt dazu beitragen, den internationalen Einsatz deutscher Klima-, Umwelt- und Anpassungstechnologien zu stärken.

¹² <https://www.ebrd.com/home/news-and-events/news/2025/joint-mdb-statement-for-cop30.html>

Zugleich müssen weitere große Emittenten und wirtschaftlich leistungsfähige Staaten – insbesondere China, die Golfstaaten sowie aufstrebende Volkswirtschaften wie Indien und Indonesien – angemessene Finanzierungsbeiträge leisten. Eine dauerhafte Berufung auf den Status als Entwicklungs- oder Schwellenland wird den realen wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht gerecht.

5 Fortschritte des Klimaclubs

Wichtige Fortschritte bei der globalen Zusammenarbeit im industriellen Klimaschutz

Der Klimacub steht weltweit Staaten offen, die eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens verfolgen. Sein übergeordnetes Ziel besteht darin, den industriellen Übergang hin zu klimaneutralen Produktionsprozessen zu unterstützen und zugleich dem Risiko entgegenzuwirken, dass Emissionen in Länder mit weniger ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen verlagert werden (Carbon Leakage). Mittlerweile umfasst der Zusammenschluss 47 Mitglieder, darunter die G7-Staaten sowie Argentinien, Chile, Indonesien, Kolumbien, die Schweiz und Südkorea. Im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Belém ist Mexiko als 47. Mitglied beigetreten. Die USA sind weiterhin formales Mitglied des Klimaclubs, beteiligten sich zuletzt jedoch deutlich zurückhaltender an dessen inhaltlicher Weiterentwicklung.

Die Initiativen des Klimaclubs zielen darauf ab, insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Transformation ihrer Industrie in Richtung Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 zu unterstützen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf energieintensiven Grundstoffindustrien sowie auf der Schaffung kompatibler internationaler Rahmenbedingungen.

5.1 Global Pledge to grow near-zero and low-emissions steel and cement markets

In Belém haben die Mitglieder des Klimaclubs den sogenannten *Global Pledge to grow near-zero and low-emissions steel and cement markets* verabschiedet. Mit dieser freiwilligen Selbstverpflichtung sagen die Mitglieder zu, den Ausbau von Märkten für emissionsarmen bzw. nahezu emissionsfreien Stahl und Zement weltweit zu fördern. Ziel ist es, durch nationale Politikmaßnahmen, internationale Kooperationen und koordinierte Marktsignale den Anteil von grünem Stahl und Zement am globalen Markt zu erhöhen. Der Beschluss stellt einen zentralen Beitrag zur Dekarbonisierung energieintensiver Grundstoffindustrien dar.

Die Verpflichtung sieht vor, sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Maßnahmen zu stärken, um die Nachfrage nach emissionsarmen Baustoffen zu erhöhen und gleichzeitig Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen zu schaffen, die in klimafreundliche Produktionsweisen investieren. Zudem wurde angekündigt, bis zur nächsten UN-Klimakonferenz (COP 31) in der Türkei die Einführung eines quantitativen Produktionsziels für grünen Stahl und Zement zu prüfen.

5.2 Freiwillige Prinzipien zum Schutz vor Carbon Leakage und weiteren Spillover-Effekten

Die Mitglieder des Klimaclubs haben auf der *New York Climate Week* im September 2025 unter der Leitung von Großbritannien und der Türkei freiwillige Grundsätze verabschiedet, die als Orientierung für Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage dienen sollen. Die Prinzipien zielen darauf ab, Klimaschutzmaßnahmen wirksamer auszugestalten und zugleich unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen sowie negative Spillover-Effekte zu begrenzen. Sie legen unter anderem fest, dass Maßnahmen auf klar definierten Klimazielen beruhen, mit internationalem Recht vereinbar sein und Investitionen in die industrielle Dekarbonisierung erleichtern sollen. Außerdem wird ausdrücklich betont, dass Unternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden dürfen, da dies das Risiko von Produktionsverlagerungen erhöhen würde. Ein weiteres zentrales Element ist die Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Emissionsdaten entlang internationaler Wertschöpfungsketten.

5.3 Global Matchmaking Platform

Die auf der COP29 in Baku ins Leben gerufene *Global Matchmaking Platform* (GMP) dient als zentrale Plattform, die bestehende internationale Angebote zur technischen, finanziellen und regulatorischen Unterstützung der industriellen Dekarbonisierung mit dem konkreten Bedarf von Schwellen- und Entwicklungsländern zusammenführt.

Die Plattform verzeichnete im Laufe des Jahres 2025 erste messbare Fortschritte. So unterstützten der Klimaclub und die *Global Matchmaking Platform* einige Staaten bei der Ausarbeitung ihrer NDCs für den Zeitraum bis 2035. Die Priorität der GMP lag besonders auf der Berücksichtigung industriespezifischer Emissionsminderungsziele. Konkret unterstützte die GMP Argentinien, Kolumbien, Marokko, Ägypten, Kenia und Indonesien bei der Weiterentwicklung ihrer NDCs.

5.4 Steel Decarbonisation Policy Mapping

Mit dem *Steel Decarbonisation Policy Mapping* hat der Klimaclub eine Übersicht über bestehende politische Instrumente zur Dekarbonisierung der Stahlindustrie in den wichtigsten Produktionsländern vorgelegt. Die Analyse dokumentiert mehr als 200 Maßnahmen, die von technologischer Förderung über Investitionsanreize bis hin zu allgemeinen Leitlinien reichen und einen Großteil der weltweiten Stahlproduktion abdecken.

Das Mapping verdeutlicht auch die starke Konzentration auf angebotsseitige Maßnahmen, etwa durch Unterstützung für emissionsarme Produktionsprozesse. Nachfrageorientierte Maßnahmen wie beispielsweise verbindliche Vorgaben für den Einsatz grüner Grundstoffe in der öffentlichen Beschaffung sind bislang nur in geringem Umfang etabliert.

Die Übersicht soll Transparenz schaffen, den politischen Erfahrungsaustausch innerhalb des Klimaclubs erleichtern und eine belastbare Datengrundlage für die Weiterentwicklung nationaler Transformationsstrategien bieten. Zugleich dient sie als Referenzrahmen für Mitgliedstaaten, die eigene industriepolitische Ansätze zur klimaneutralen Stahlproduktion prüfen oder vertiefen möchten.

5.5 Bewertung der vbw

Aus Sicht der vbw ist der Klimacub ein wichtiger Baustein für die Dekarbonisierung energieintensiver Industrien, weil er internationale Kooperation, Transparenz und die Entwicklung grüner Leitmärkte unterstützt. Entscheidend ist jedoch, dass daraus praxistaugliche, international anschlussfähige Standards entstehen und Carbon-Leakage-Risiken wirksam begrenzt werden. Der Klimacub kann einen Beitrag zu einem globalen Level Playing Field leisten. Voraussetzung sind messbare Fortschritte und eine enge Anbindung an handelspolitische Instrumente, ohne zusätzliche Bürokratielasten.

6 Weitere internationale Initiativen für den Klimaschutz

Freiwillige Impulse zur Ergänzung bestehender Maßnahmen

Die UN-Klimakonferenzen haben sich inzwischen zu einem wichtigen Forum für globale Initiativen und Kooperationen im Bereich des internationalen Klimaschutzes entwickelt. Die Projekte und Partnerschaften können den Umstieg auf klimafreundliche Technologien und Maßnahmen beschleunigen und sind damit ein zentraler Treiber für die globale Dekarbonisierung.

Auch in Belém wurden wieder zahlreiche neue Initiativen lanciert und bestehende Initiativen ausgeweitet. Diese sollten auch Impulse für die 31. UN-Klimakonferenz im kommenden Jahr geben. Viele Initiativen haben sich besonders die Reduzierung der Methanemissionen auf die Fahne geschrieben, da Methan neben Kohlendioxid eines der wichtigsten Treibhausgase ist. Methan hat mit Blick auf die Erderwärmung (*Global Warming Potential*) in einem Zeitraum von 100 Jahren eine rund 27- bis 30-mal höhere Wirkung als CO₂.

6.1 Global Methane Pledge

Nachdem seit der COP 29 in Baku u.a. Aserbaidschan und Madagaskar diese Initiative unterstützten, schloss sich in Belém zudem Tadschikistan der *Global Methane Pledge* an. An der Initiative beteiligen sich somit inzwischen 160 Staaten. Diese bekennen sich zu dem Ziel, die Methanemissionen bis zum Jahr 2030 um 30 bis 60 Prozent unter das Niveau des Jahres 2020 zu senken.

Im Zuge der Ministerkonferenz auf der 30. UN-Klimakonferenz kamen Vertreter aus 45 Ländern zusammen, um über den globalen Umgang mit Methanemissionen zu beraten. Die Ministerkonferenz kündigte Finanzmittel in Höhe von rund 240 Millionen Euro an, um Maßnahmen zur Verringerung der Methanemissionen zu unterstützen. Zudem wurde erstmals der *Global Methane Status Report 2025* veröffentlicht, der eine umfassende Bewertung der bisherigen Fortschritte liefert und sowohl bereits erzielte Verbesserungen als auch weiterhin bestehende Handlungsdefizite aufzeigt¹³.

6.2 Methane Abatement Partnership Roadmap

Die von der EU-Kommission initiierte *Methane Abatement Partnership Roadmap* zielt darauf ab, die Methanemissionen entlang der Öl- und Gaswertschöpfungsketten

¹³ <https://www.unep.org/resources/report/global-methane-status-report-2025>

systematisch zu verringern und Kooperationen zwischen Staaten, die fossile Brennstoffe importieren und Staaten, die fossile Brennstoffe exportieren, zu vertiefen.

In Belém wurden sechs Maßnahmen vorgestellt, um die Roadmap zu implementieren:

- Aufbau von Kooperationen zwischen exportierenden und importierenden Staaten
- Verbesserung der Transparenz durch messbasierte Emissionsdaten
- Entwicklung von Monitoring-, Berichts- und Verifizierungssystemen
- Zusammenarbeit mit Anlagenbetreibern zur Erstellung konkreter Minderungspläne
- Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen für Minderungsprojekte
- Nachverfolgung der Umsetzung, um eine dauerhafte Emissionsreduktion sicherzustellen.

6.3 International Methane Emissions Observatory

Mehrere Staaten und private Organisationen haben im Verlauf des Jahres 2025 ihre Unterstützung für das *Methane Emissions Observatory* (IMEO) erneuert. Das IMEO baut künftig seine Aktivitäten weiter aus, um Methanemissionen auf Basis unterschiedlicher Messmethoden präziser zu erfassen. Grundlage dafür sind unter anderem die Berichte der *Oil & Gas Methane Partnership 2.0*, deren beteiligte Unternehmen inzwischen rund 42 Prozent der weltweiten Öl- und Gasproduktion abdecken. Darüber hinaus nutzt IMEO satellitengestützte Messungen, um sogenannte *Super-Emitter-Ereignisse* zu identifizieren und zusätzliche Transparenz über relevante Emissionsquellen herzustellen.

6.4 Bewertung der vbw

Die Aktivitäten zur Verringerung der Methanemissionen sind zu begrüßen. Initiativen wie der *Global Methane Pledge*, die *Methane Abatement Partnership Roadmap* und das IMEO können kurzfristig wirksame Emissionsminderungen unterstützen – vorausgesetzt, Messung, Berichterstattung und Verifizierung werden konsequent gestärkt und die angekündigten Finanzmittel zügig in konkrete Minderungsprojekte überführt.

Entscheidend ist, dass internationale Kooperationen zu einem globalen Level Playing Field beitragen und keine einseitigen Zusatzbelastungen für Unternehmen schaffen. Zugleich bieten internationale Projekte Chancen für deutsche Anbieter von Klima-, Umwelt- und Energietechnologien, wenn Marktzugänge verbessert und Investitionsrisiken durch geeignete Finanzierungsinstrumente reduziert werden.

7 Ausblick

Weitere Ambitionssteigerung im Fokus

Die nächste UN-Klimakonferenz findet vom 9. bis 20. November 2026 in Antalya (Türkei) statt. Erstmals wird hierbei eine geteilte Führungsstruktur umgesetzt: Während die Türkei den formellen Vorsitz der COP innehat, übernimmt Australien die operative Leitung der Verhandlungen.

Bis zur 31. UN-Klimakonferenz stehen erneut verschiedene unterjährige Verhandlungsrunden und Konsultationsformate an. Die Zwischenverhandlungen in Bonn finden im Juni 2026 statt und dienen wie gewohnt der Behandlung technischer und prozeduraler Fragen. Zudem sind im Laufe des kommenden Jahres mehrere thematische Dialoge und Arbeitsformate vorgesehen, die durch die Ergebnisse der COP 30 angestoßen wurden. Dazu zählen beispielsweise der Petersberger Klimadialog sowie die *New York Climate Week*.

Auch internationale Gipfeltreffen wie diejenigen der G7 und G20 werden wieder wichtige politische Impulse für die globale Klimadiplomatie setzen. Frankreich übernimmt 2026 die G7-Präsidentschaft, während Brasilien den Vorsitz der G20 innehat. Beide Formate können durch ihre politischen Signale und Schwerpunktsetzungen maßgeblich dazu beitragen, Erwartungshaltungen zu prägen, Koalitionen vorzubereiten und den Rahmen für mögliche Ambitionssteigerungen im Vorfeld der COP 31 abzustecken.

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Markus Fisch

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-246
markus.fisch@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2026

Weiterer Beteiligter

co₂ncept plus – Verband der
Wirtschaft für Emissionshandel
und Klimaschutz e. V.

089-55 178-445
[co₂ncept-plus@vbw-bayern.de](mailto:co2ncept-plus@vbw-bayern.de)